



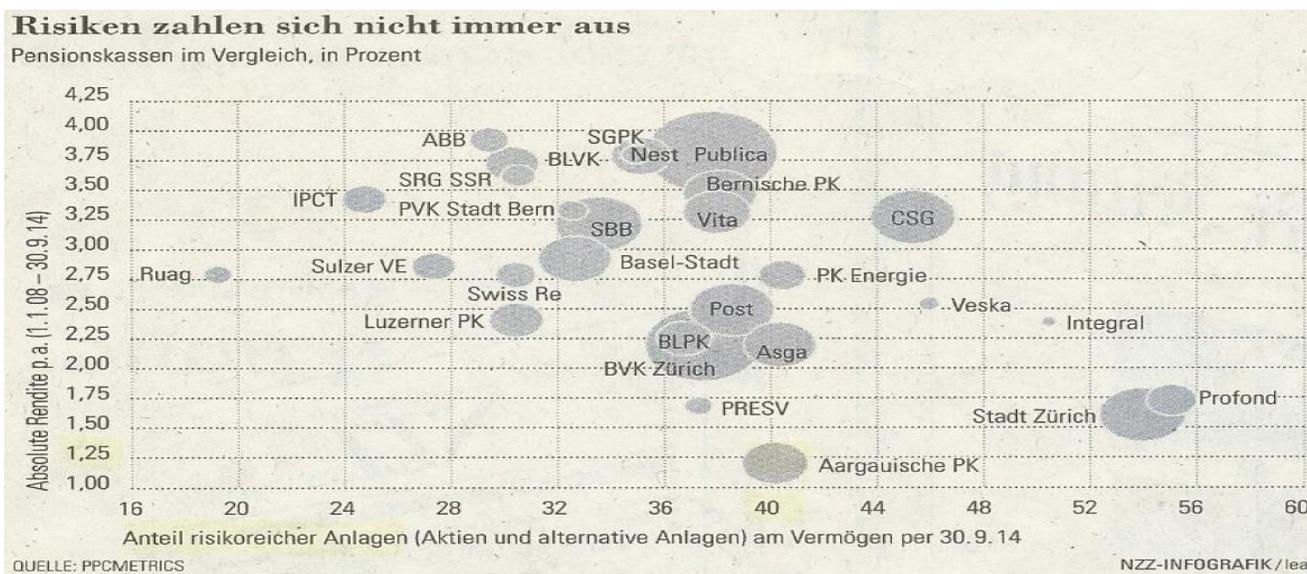
MEDIENMITTEILUNG

Aargauische Pensionskasse lebt über ihre Verhältnisse!

Aarau, 28. April 2015. Analysen zeigen, dass die APK 2008 bis 2014 eine ungenügende Performance erwirtschaftet hat. Gleichzeitig sind ihre Leistungen zu grosszügig. Sie ist seit Jahren nicht mehr genügend risikofähig, um die eigentlich notwendige Rendite zu erarbeiten. Der Kanton riskiert nach der generösen Kapitalausstattung beim Primatwechsel weitere hunderte Millionen Franken zu verlieren. Regierungsrat und Grosser Rat sind in der Pflicht, das zu verhindern.

Die Aargauische Pensionskasse (APK) hat per 1. Januar 2008 vom Leistungs- zum Beitragsprimat gewechselt. Die Kosten von 1.25 Milliarden Franken für die Ausfinanzierung auf einen Deckungsgrad von 100 % übernahmen die Arbeitgeber und damit die Steuerzahler. Mehrheitsfähig wurde der Wechsel, indem der Kanton zusätzlich 1 Milliarde Franken als Wertschwankungsreserve von 15 % in Form eines zinslosen Darlehens einschoss. Die Idee war, dass die Kasse dank der grösseren Risikofähigkeit sofort eine höhere Rendite erwirtschaften kann. Damit sollte innert maximal 20 Jahren eine angemessene eigene Wertschwankungsreserve geüfnet werden und das Darlehen in eine Arbeitgeberbeitragsreserve des Kantons gewandelt werden. Die APK profitierte damit bei risikoarmen Anlagen von Zinserträgen von 300 bis 400 Millionen Franken. Das Zurverfügungstellen des zinslosen Darlehens hat beim Kanton einen Zinsausfall und Kaufkraftverlust von rund 500 bis 800 Millionen Franken zur Folge.

Eine Analyse der Beratungsgesellschaft PPCmetrics AG zur Relation zwischen risikoreichen Anlagen zur Rendite (Langfristige Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen, 5. Dezember 2014; auszugsweise publiziert in der NZZ vom 6. Dezember 2014) kommt zum Schluss, dass „der Mut zum Risiko nicht immer belohnt wird“. Eindrückliches Beispiel - neben zwei andern von rund 30 untersuchten Kassen - ist leider die APK, wie folgende Grafik zeigt:



Obwohl die APK ihre Anlagen mit einem Anteil risikoreicher Anlagen von rund 40 % überdurchschnittlich risikoreich ausgestattet hat (Durchschnitt rund 35 %), resultierte in der Periode vom 1. Januar 2008 bis zum 30. September 2014 lediglich eine Rendite von 1.2 % (Durchschnitt rund 2.75 %, d.h. in etwa das Doppelte). Im Vergleich mit Pensionskassen, die ähnlich risikoreich angelegt haben (Anteil risikoreicher Anlagen zwischen 36 und 44 %) liegt die APK weit abgeschlagen zurück (übrige rund 3 % Rendite).

Auch ein Vergleich zu anderen repräsentativen Kassen betreffend Deckungsgrad-Entwicklung im Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2013 zeigt, dass die APK massiv unterdurchschnittlich abschneidet. Ihr Deckungsgrad ist von 115 % auf 97 %, d.h. um 18 %-punkte gesunken. Andere Kassen liegen hier zwischen minus 5 % und plus 3 %.

Der Regierungsrat sieht in der Beantwortung der Interpellation der Grossräte Thierry Burkart, Jean-Pierre Gallati und Hansruedi Hottiger vom 13. Januar 2015 keinen Handlungsbedarf. In langatmigen Vorbemerkungen begründet er das mehr als bedenkliche Abschneiden der APK mit unzulässigen Vergleichen – unter anderem mit deren Rentner-Anteil und der geringen Risikofähigkeit. In anderen Zeiten standen für die APK bei der Beurteilung der eigenen Performance Aussagen wie „keine Vergleiche zu scheuen, auf einem Spitzenplatz, überdurchschnittliche Rendite“ und keine Ablenkmanöver im Vordergrund.

Auf die Frage „Beurteilung der Anlagerendite 2008 bis 2014“ geht er gar nicht erst ein. Der Regierungsrat begnügt sich offenbar damit, dass die versicherungstechnisch notwendige Rendite in den letzten 10 Jahren erwirtschaftet worden sei. Auf die gleichzeitige massive Abnahme des Deckungsgrades geht er ebenso wenig ein. Er attestiert der APK eine mittlere Risikofähigkeit (in den Vorbemerkungen noch tiefere!), obwohl sie über keine Wertschwankungsreserve verfügt.

Die Frage „Gründe für die weit unterdurchschnittliche Entwicklung“ beantwortet er mit dem Verweis auf die Vorbemerkungen. Er verkennt, dass die PPCmetrics-Analyse eindeutig feststellt, dass die APK mit 40 % risikoreichen Anlagen nur einen Drittel der Rendite zu vergleichbaren Kassen erwirtschaftet hat.

Bei der Frage „Massnahmen dagegen“ will er richtigerweise keinen Einfluss auf die Anlagestrategie nehmen. Einen anderen Handlungsbedarf sieht er nicht – obwohl der Handlungsbedarf angesichts der Entwicklungen in den letzten Jahren schon lange besteht. Möglichkeiten zur Einflussnahme sind vorhanden.

Quintessenz:

Der APK wurde der Primatwechsel mit rund 2.25 Milliarden Franken finanziert, davon 1 Milliarde Franken Wertschwankungsreserve. Nach dem Primatwechsel hat die APK eine risikoreiche Strategie eingeschlagen. Diese Strategie hat ohne wenn und aber Schiffbruch erlitten. Die APK ist gemäss eigenen Aussagen seither nicht mehr risikofähig und kann bloss noch eine vorsichtige Anlagestrategie mit relativ bescheidenen Renditen verfolgen.

Der Rückgang des Deckungsgrades, der nur teilweise auf die schwache Performance zurückzuführen ist, macht klar, dass die APK über ihre Verhältnisse lebt. Die direkten und indirekten Leistungen an die Versicherten sind massiv übersetzt. Resultat ist, dass die APK – wenn überhaupt – nur sehr langsam wieder eine höhere Risikofähigkeit erlangen kann.

Das Ziel, das zinslose Darlehen des Kantons eines Tages in eine Arbeitgeber-Beitragsreserve umzuwandeln, ist nach einem Drittel der Laufzeit in weite Ferne gerückt. Ohne Massnahmen ist zu befürchten, dass das Konstrukt den Kanton insgesamt 1 bis 1.5 Milliarden Franken kosten wird. Zum Vergleich: Die Sanierung der SDMK kostet den Kanton Aargau unter einer halben Milliarde Franken. Nota

bene ist die PK-Finanzierung nicht paritätisch ausgestaltet. Sie wird in erster Linie von den Arbeitgebern mit einem Finanzierungsanteil von rund 60 Prozent getragen.

Der Regierungsrat verschliesst sich den Tatsachen und führt nicht im Rahmen seiner Möglichkeiten. Er lässt zu, dass dem Kanton hunderte Millionen Franken verloren gehen. Das ist ganz klar nicht im Interesse der Aargauer Steuerzahler, die nicht bei der APK versichert sind.

Die Aargauische Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft unterstützte im Sinne von Freiheit den Übergang zum Beitragsprimat, die Parität von Chancen und Risiken und die Unabhängigkeit für die Versicherten. Dazu gehört aber auch die Übernahme von Verantwortung in guten und in schlechten Zeiten.

Die Stiftung bemängelt die Entwicklung der APK seit längerem. Es ist nun endgültig Zeit, dass in der APK die angeschlossenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihre Verpflichtungen wahrnehmen und die APK finanziell paritätisch wieder auf einen gesunden Kurs steuern. Das geht angesichts der Situation und Anlagemöglichkeiten nur über Leistungsverzichte. Regierungsrat und Grosser Rat sind in der Pflicht, die Interessen der Steuerzahler zu wahren und durchzusetzen.

Weitere Auskünfte:

Dr. Markus Letsch, Präsident des Stiftungsrates, Tel. 079 662 63 07

Urs Steinegger, Mitglied des Stiftungsrates, Tel. 079 703 82 55